

ANTRAG Stadträtin Rita Fromm (FDP) FDP-Gemeinderatsfraktion vom 18. September 2013	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	54. Plenarsitzung Gemeinderat 22.10.2013 2013/0114 16 öffentlich
Wohnungsbau in Karlsruhe		

- Die Stadtverwaltung nimmt die Absichtserklärung des Landes, landeseigene Grundstücke den Kommunen unter Preis zur Förderung des Wohnungsbaus zu übertragen, zum Anlass, auch über bebaute Fläche zu verhandeln.
- Eine Reihe zentral in der Stadt liegender Landesbehörden könnten für Wohnzwecke bestens umgenutzt werden.
- Im Gegenzug bietet die Stadt - verkehrsgünstig gelegen - Gelände für ein Behördenzentrum.

Sachverhalt/Begründung:

Bereits am 1.9.2011, 19.2.2013 und am 13.3.2013 hatte die FDP-Fraktion ihre umfangreichen Überlegungen zum Wohnen in Karlsruhe eingebracht.

Angesichts der Absichtserklärung der Landesregierung, landeseigene Grundstücke unter dem Marktwert zur Förderung des Wohnungsbaus den Kommunen überlassen zu wollen, regen wir an, auch bebaute Grundstücke in diese Überlegung einzubeziehen. Andererseits wäre es (auch städtebaulich) sinnvoll, wenn das Land an anderer, gut erreichbarer Stelle einen Teil seiner verlagerten Behörden ansiedeln könnte. Der geplante neue Standort für das Finanzamt wäre unter diesem Gesichtspunkt zu hinterfragen.

unterzeichnet von:

Rita Fromm

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

11. Oktober 2013